

Kein Geschäft mit dem Tod

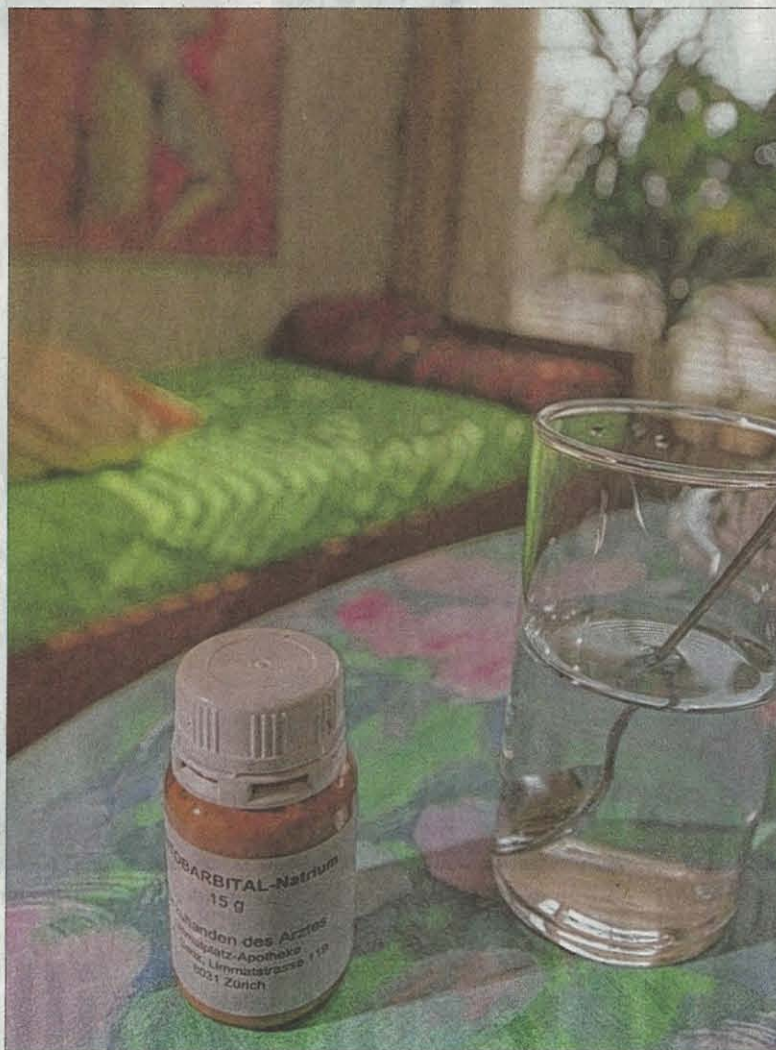
Prominente Stimmen im Kreis lehnen die organisierte Sterbehilfe ab

Der Bundestag tastet sich mit Samthandschuhen an die Sterbehilfe heran. Eine neue Regelung der Vorschriften halten etliche Parlamentarier nicht für notwendig – und auch im Kreis lehnen sie viele ab.

TOBIAS FLEGEL

Kreis Göppingen. Die Bundestagsabgeordnete der SPD aus dem Kreis zweifelt an der Notwendigkeit eines neuen Gesetzes zur Sterbehilfe. „Ich bin gar nicht mal so sicher, ob es noch viel zu regeln gibt“, sagt Heike Baehrens. Die Menschen könnten über eine Patientenverfügung vorsorgen, wie lange ihnen in einem Krankenhaus geholfen werden sollte. Außerdem sei der Suizid und die Beihilfe zur Selbsttötung straffrei. Einen Spielraum zum Handeln gebe es zudem für Ärzte, die über schwierige Fälle entscheiden müssen. Nicht einverstanden ist Baehrens damit, dass andere Geld damit verdienen, das eigene Leben zu beenden. „Gewerbliche Vereine zur Sterbehilfe lehnen wir ab“, sagt die Politikerin. Die Abgeordnete ergriff gestern im Parlament das Wort über die Begleitung Sterbender. „Ich bin froh über die Ernsthaftigkeit der Debatte“, sagt sie.

Noch entschiedener als Baehrens ist der Bundestagsabgeordnete der CDU. „Die passive Sterbehilfe lehne ich ab“, sagt Hermann Färber. Niemand solle sich vorsorglich einen Gift-Cocktail auf den Nachtschiff stellen können, wenn er den Eindruck bekomme, dass er zu seinem Umfeld zur Last falle. Auch die Erlaubnis von organisierter Sterbehilfe wie in der Schweiz ist für Färber ein rotes Tuch: „Das Geschäft mit dem Tod darf nicht sein.“ Die Begleitung von Schwerkranken oder alten Men-



Für Geld Hilfe beim Sterben bekommen – das lehnen örtliche Vertreter aus Politik und Medizin sowie Geistliche ab.

Foto: DPA

schon in Palliativeinrichtungen, hält Ferber dagegen für den richtigen Weg. Der Politiker verfolgte gestern wie Heike Baehrens die Debatte im Bundestag.

Mehr Häuser zur Begleitung Sterbender fordert die Leiterin des Hos-

pizes in Göppingen. „Die stationäre Palliativversorgung muss weiter ausgebaut werden“, sagt Marta Alfia. Ihre Einrichtung lehne eine aktive Hilfe beim Sterben ab, da sie nicht mit den christlichen Grundsätzen des Vereins zu vereinen ist. Alfia

glaubt: „Wenn man sich wirklich Zeit nimmt für Menschen, kann man vieles abwenden.“ Dies zeige sich immer wieder bei ihrer Arbeit. Die Leiterin des Hospizes findet, dass die Debatte über eine Änderung des Gesetzes eigentlich unter Kranken geführt werden sollte und nicht unter Gesunden.

„Wir wissen gar nicht, wie ein Schwerkranker sich fühlt“, sagt der Vorsitzende der Ärzteschaft im Kreis, Dr. Hans-Joachim Dietrich. Zwar würde er einem Leidenden Gift besorgen. Schlucken müsse der es aber selbst. Eine Spritze mit einem tödlichen Serum würde Dietrich nicht setzen. Die Aufgeschlos-

Begleitung kann vieles erleichtern in den letzten Tagen

senheit für die passive Sterbehilfe ist seine Meinung und gibt nicht die der Ärzte im Kreis wieder.

Der Dekan der evangelischen Kirche im Bezirk Göppingen hält das bestehende Gesetz für ausreichend. „Sterbehilfe durch Unterlassen halte ich für legitim“, sagt Rolf Ulmer. Ein kranker Mensch könne auf eine weitere Ernährung verzichten und damit schneller sterben. Das gleiche Ergebnis mit einer Spritze oder einem Medikament herbeizuführen lehnt Ulmer jedoch ab. Das gilt auch für kommerzielle Einrichtungen, die beim Sterben helfen.

Wenig Bedarf für zusätzliche Freiheiten sieht auch der katholische Dekan. „Derzeit ist relativ viel möglich“, sagt Martin Ehrler. Der Geistliche hält aber fürsorgliche Angebote für wichtig. „Die Menschen sollten begleitet werden, solange es geht“, sagt Ehrler. Gegen eine organisierte Sterbehilfe spreche sich seine Kirche aus.